

Arbeiten bis 65 Jahre: Regierung unter Druck

FP-Klubobmann hält Vorschlag, Pensionsalter frei zu wählen, für „erfrischend“.

„Nicht nachdenken“ will die Regierung weiterhin über eine frühere Angleichung des Frauenpensionsalters an jenes der Männer. Selbst der EU-Auftrag, das Pensionsantrittsalter bis 2010 um fünf Jahre zu heben, änderte daran nichts. Dem Vorstoß von IHS-Chef Bernhard Felderer, das Pensionsantrittsalter frei zu wählen, können aber Finanzminister Grasser und FP-Klubobmann Peter Westenthaler etwas abgewinnen. Der Vorschlag um das Pensionsalter sei erfrischend und sollte „näher durchleuchtet werden“, meinte Westenthaler. Grasser hält den Vorstoß für eine „sehr gute Idee“. Gleichzeitig mehren sich die Appelle von Experten, früher als 2019 die Angleichung vorzunehmen. Der deutsche Pensionsexperte Bert Rürup forderte die Regierung auf, „relativ zügig“ das Pensionsalter der Frauen auf 65 Jahre anzuheben. „Bis 2010 muss es über die Bühne gegangen sein“,

meint Rürup, der als flankierende Maßnahme den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und einen Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit für nötig erachtet. Druck übte Montag auch die Wirtschaftskammer aus. Generalsekretär Reinhold Mitterlehner forderte die Bundesregierung auf, das Thema Frauenpensionsalter einer „breiten Diskussion zu unterziehen und diese heiße Kartoffel nicht wegzuschieben“.

In einer Angleichung bis 2010 ortet auch Sozialwissenschaftler Bernd Marin „die einmalige Chance, das Pensionssystem zu sichern“. Die Grünen bezeichneten wiederum die Diskussion als „Schlag ins Gesicht der Frauen“. SP-Frauenchefin Barbara Prammer wies darauf hin, dass es für ältere Frauen immer schwieriger werde, Arbeit zu finden: „Zuerst müssen Maßnahmen für die Förderung der Frauenerwerbstätigkeit getroffen werden.“